

## Oberster Gerichtshof: Tausende Kärntner PV-Betreiber erhalten Geld zurück!

Tausende PV-Anlagen-Besitzer in Kärnten erhalten Rückerstattungen nach Gerichtsurteil gegen unrechtmäßige Gebühren.



**Kärnten, Österreich** - Am 29. März 2025 erhalten tausende Betreiber von Photovoltaikanlagen in Kärnten Post von ihrem Energieanbieter, wie **Krone** berichtet. Der Grund dafür ist eine richtungsweisende Entscheidung des Obersten Gerichtshofs, der festgestellt hat, dass Energiekonzerne zu Unrecht hohe Gebühren von PV-Anlagen-Besitzern erhoben haben. Diese Gebühren müssen nun zurückerstattet werden. Die Entscheidung basiert auf einem einzelnen Verfahren eines PV-Anlagen-Besitzers, doch ihre Auswirkungen sind weitreichend.

Der Oberste Gerichtshof hatte bereits im Vorjahr zugunsten von

Photovoltaik-Betreibern und gegen die Interessen der Stromkonzerne entschieden. Diese Urteile könnten dazu beitragen, das Vertrauen in die Nutzung erneuerbarer Energien merklich zu stärken.

## **Kontext zur Energiewende**

Die derzeitige Entwicklung ist eingebettet in einen größeren Reformprozess, der darauf abzielt, erneuerbare Energien zur führenden Stromquelle zu machen. Laut der **Bundesregierung** gibt es bereits Bestrebungen, den gesamten Strombedarf durch erneuerbare Energien und steuerbare Kraftwerke zu decken.

Ein neues Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts wird diesen Herausforderungen gerecht und adressiert unter anderem Stromspitzen im Netz. So erhalten neue Photovoltaik-Anlagen bei negativen Preisen keine staatlich geförderte Einspeisevergütung mehr, was den Markt dahingehend verändert, dass PV-Anlagen ihren Strom leichter selbst vermarkten können.

## **Integration erneuerbarer Energien**

Ein intelligentes und digitales Stromsystem soll bis 2030 eine Deckung von 80% erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch ermöglichen. Zur Verbesserung der Integration von Photovoltaik-Anlagen wird es wichtig sein, besonders die Dachanlagen ins Stromsystem besser einzugliedern.

Netzbetreiber haben die Aufgabe, kleinere Anlagen im Bedarfsfall steuern zu können, um bei Stromüberschüssen abzuregeln. Die Einführung eines Gesetzes zu einer besseren Nutzung der Flexibilität von Stromerzeugern, Verbrauchern und Netzbetreibern ist Teil eines umfassenden energiepolitischen Gesetzespakets, das bereits im Januar und Februar verabschiedet wurde.

Dieses Gesetzespaket beinhaltet ebenfalls die Verlängerung von Förderungen für effiziente Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen und die Initiierung eines neuen KWK-Gesetzes, das am 1. April in Kraft treten wird. Auch für Betreiber von Biogasanlagen, die insbesondere in Zeiten geringer erneuerbarer Energieversorgung unterstützen sollen, werden die rechtlichen Bedingungen verbessert.

Mit diesen Reformen wird der Weg zu einer nachhaltigeren Energieversorgung geebnet, und die jüngsten Entscheidungen aus Kärnten könnten hierbei als wesentliches Signal verstanden werden. Die Energiewende zeigt sich somit nicht nur in der Gesetzgebung, sondern auch in der Praxis und dem Alltag der Bürger.

Insgesamt steht die Nutzung erneuerbarer Energien vor einem bemerkenswerten Umbruch, der möglicherweise nicht nur die rechtlichen Rahmenbedingungen, sondern auch das öffentliche Bewusstsein für erneuerbare Technologien nachhaltig beeinflussen wird. Dieser Prozess ist nicht nur für Betreiber von Photovoltaikanlagen von Bedeutung, sondern für die gesamte Gesellschaft, die von einer umweltfreundlicheren Energiezukunft profitiert.

Details	
<b>Ort</b>	Kärnten, Österreich
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.krone.at">www.krone.at</a></li><li>• <a href="http://noe.orf.at">noe.orf.at</a></li><li>• <a href="http://www.bundesregierung.de">www.bundesregierung.de</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](http://die-nachrichten.at)**